



Funded by the
European Union

DIE GESTALTUNG DES MIGRATIONS- UND ASYLSYSTEMS IN ÖSTERREICH ÜBERBLICK

LETZTE AKTUALISIERUNG im JÄNNER 2023



EINLEITUNG

Dieses Dokument bietet einen Überblick über die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich einschließlich des institutionellen und rechtlichen Rahmens für den Umgang mit Drittstaatsangehörigen, die zum Zweck regulärer Einwanderung oder internationalen Schutzes einreisen. Es basiert auf Informationen, die im Jänner 2023 von Österreich bereitgestellt wurden.



ÜBERBLICK ÜBER DIE GESTALTUNG DES GESETZLICHEN UND INSTITUTIONELLEN RAHMENS

DER INSTITUTIONELLE RAHMEN

Für die Bereiche der Migrations- und Asylpolitik ist hauptsächlich das Bundesministerium für Inneres (BMI) verantwortlich. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) ist dem BMI untergeordnet und ist unter anderem die erste Instanz in asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) ist für externe Aspekte der Migration, die Bearbeitung und Ausstellung von Visa sowie für die Annahme von Anträgen auf Aufenthaltstitel verantwortlich. Aufenthaltstitel werden von Niederlassungs- und Aufenthaltsbehörden erteilt. Das BMI fungiert als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde im Niederlassungs- und Aufenthaltswesen.

Im Bundeskanzleramt (BKA) koordiniert der/die zuständige Bundesminister/in für Integration die allgemeine Integrationspolitik. Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) ist als Fonds der Republik Österreich ein wichtiger Partner im Bereich der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) ist unter anderem für die Arbeitsmarktpolitik und damit auch für die Ausländerbeschäftigungspolitik zuständig. Das Arbeitsmarktservice (AMS) ist mit der Vollziehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes betraut.

DER GESETZLICHE RAHMEN

Die wichtigsten Gesetze im Bereich Migration und Asyl sind das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Integrationsgesetz 2017 und die Grundversorgungsgesetze des Bundes und der Länder. Der Straftatbestand des Menschenhandels ist im Strafgesetzbuch geregelt.

Gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde kann eine Beschwerde an ein unabhängiges Verwaltungsgericht erhoben werden. Gegen die Entscheidung eines Verwaltungsgerichts ist unter gewissen Voraussetzungen ein weiteres Rechtsmittel an den Verwaltungsgerichtshof bzw. den Verfassungsgerichtshof zulässig.



ORGANIGRAMM

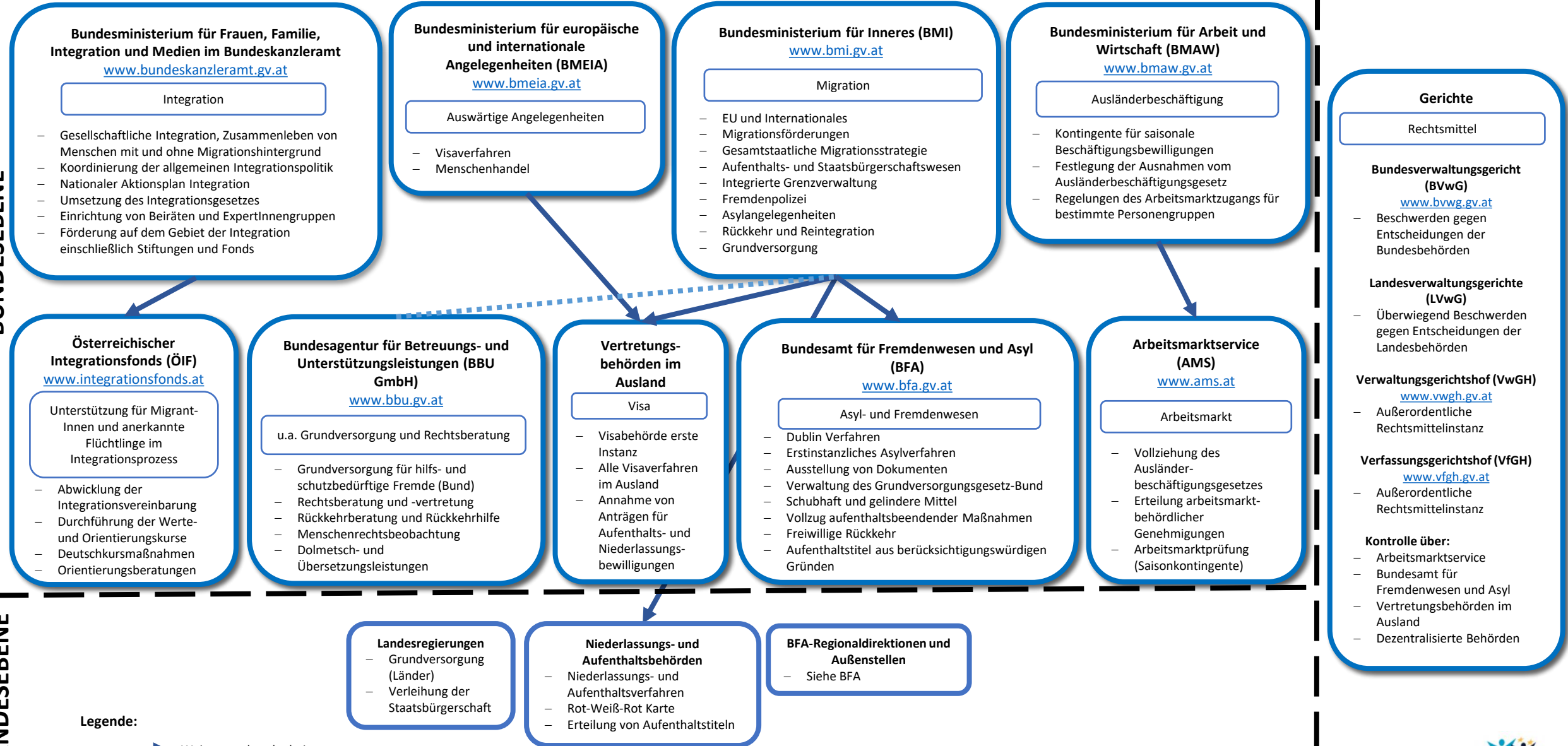
Siehe Anhang.

Österreich

Organigramm des Migrations- und Asylsystems*

BUNDESEBENE

LANDESEBENE



Legende:
 → Weisungsgebundenheit
 - - - - - Sonstiges Verhältnis

*Dieses Organigramm bietet einen nicht verbindlichen Überblick des Migrations- und Asylsystems in Österreich; Stand: Jänner 2023